

## **AKTUELLE FINANZLAGE DER STÄDTE**

### **- Rückblick auf 2009 und Prognose für 2010 -**

<b>I.</b>	<b>Die aktuelle Finanzlage im Überblick</b>	Seite 2
<b>II.</b>	<b>Einzelne Einnahmen- und Ausgabenarten</b>	Seite 3
	<b>Die Einnahmeentwicklung</b>	Seite 3
	• Steuereinnahmen	Seite 3
	• Laufende und investive Zuweisungen von Bund und Ländern	Seite 5
	• Gebühren	Seite 5
	• Sonstige Einnahmen	Seite 6
	<b>Die Ausgabenentwicklung</b>	Seite 6
	• Personalausgaben	Seite 6
	• Sachaufwand	Seite 6
	• Soziale Leistungen	Seite 7
	• Sachinvestitionen	Seite 7
	• Sonstige Ausgaben	Seite 8
<b>III.</b>	<b>Datengrundlage der Prognose</b>	Seite 8

## I. Die aktuelle Finanzlage im Überblick

Der kommunale **Finanzierungssaldo** zwischen Einnahmen und Ausgaben ist im Jahr 2009 regelrecht abgestürzt: Er ist um etwa 12 Milliarden Euro auf ein Defizit von minus 4,5 Milliarden Euro gefallen. Mit einer volkswirtschaftlichen Stabilisierung geht im Jahr 2010 keine Stabilisierung der kommunalen Haushalte einher. Für das Jahr 2010 wird mit minus 12 Milliarden Euro das höchste Finanzierungsdefizit der Nachkriegsgeschichte befürchtet.

Die Kommunen mussten 2009 mit einem beispiellosen Rückgang ihrer **Steuereinnahmen** um mehr als 10 Prozent den stärksten Einbruch aller öffentlichen Ebenen hinnehmen. Auch für das Jahr 2010 ist keine Besserung in Sicht, die Steuereinnahmen sinken nochmals um 5 Prozent bzw. weitere 3,2 Milliarden Euro. Der Absturz der **Gewerbesteuereinnahmen** war im Jahr 2009 ohne Beispiel, viele Städte haben dramatische Einbrüche von 40 Prozent oder mehr erleiden müssen. Bundesweit wird von einem Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen (netto) um ca. 17,4 Prozent ausgegangen, die kommunalen Einnahmeverluste betragen allein hieraus 5,5 Milliarden Euro.

Die kommunalen **Einnahmen** sind im Jahr 2009 insgesamt um ca. 3,5 Milliarden Euro bzw. 2,1 Prozent auf 171,3 Milliarden Euro zurückgegangen. Dieser Rückgang ist aufgrund eines Sondereffektes in einer süddeutschen Stadt, dem zusätzliche Ausgaben in gleicher Höhe gegenüberstehen, sogar noch um mehr als eine Milliarde Euro unterzeichnet. Ohne den Sondereffekt würden die Einnahmen fast 5 Milliarden Euro auf 170 Milliarden Euro bzw. um 2,8 Prozent schrumpfen. Gleichzeitig sind die **Ausgaben** um ca. 8,5 Milliarden Euro bzw. mehr als 5 Prozent auf 175,75 Milliarden Euro angewachsen. Dieser Anstieg ist allerdings überzeichnet durch Sondereffekte in zwei Städten in Höhe von mehr als 2 Milliarden Euro. Berücksichtigt man dies, läge der der Ausgabenanstieg bei 6,3 Milliarden Euro bzw. 3,7 Prozent. Die Entwicklung sinkender Einnahmen (Rückgang um 1,4 Prozent bzw. knapp 2 Milliarden Euro auf 168,85 Milliarden Euro) und steigender Ausgaben (Anstieg um 2,9 Prozent bzw. 5,15 Milliarden Euro auf 180,9 Milliarden Euro) setzt sich im Jahr 2010 fort.

Die kommunalen **Investitionen** erhöhten sich im Jahr 2009 geringfügig um 1,7 Prozent, die erwartete Steigerung von plus 14,2 Prozent im Jahr 2010 macht deutlich, dass in diesem Jahr viele Projekte aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz zum Abschluss gebracht werden. Allerdings gilt auch: Ohne die durch das Zukunftsinvestitionsgesetz angestoßenen zusätzlichen Investitionen wären Rückgänge bei den Investitionen unvermeidbar gewesen. Die regulären, d.h. nicht mit Hilfe des Zukunftsinvestitionsgesetz finanzierten Investitionen, nehmen sowohl im Jahr 2009 wie auch im Jahr 2010 als Folge der kritischen Finanzlage deutlich ab.

Die **sozialen Leistungen** lagen im Jahr 2009 erstmals bei rund 40 Milliarden Euro und werden diese Grenze mit einem Volumen von 41,6 Milliarden Euro im Jahr 2010 deutlich übersteigen.

Mit Beginn des Jahres 2009 hat das kurzzeitig unterbrochene Wachstum der **Kassenkredite** sich wieder dramatisch fortgesetzt. Alleine in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 ist der Kassenkreditbestand um mehr als 4 Milliarden Euro auf nunmehr 33,8 Milliarden Euro gestiegen. Ursprünglich sollten diese kurzfristigen Kredite vorübergehende Liquiditätsengpässe überbrücken, doch inzwischen müssen sie von notleidenden Städten dauerhaft zur Finanzierung laufender Ausgaben eingesetzt werden.

Auch die **mittelfristigen Aussichten** für die Kommunen sind düster: Für den gesamten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 sind für die Kommunen zweistellige Defizite zu befürchten. Die kommunalen Haushalte leiden nicht „allein“ unter einem konjunkturellen Defizit, sondern unter einem strukturellen Defizit.

## II. Einzelne Einnahmen- und Ausgabenarten

### Die Einnahmenentwicklung

#### Steuereinnahmen

##### Gewerbsteuer

Die Gewerbsteuer ist in den Jahren 2009 sowie 2010 durch dramatische bzw. deutliche Rückgänge gekennzeichnet. Die Prognosen für die Gewerbesteuererinnahmen, insbesondere für das Jahr 2009, mussten im vergangenen Jahr fortlaufend nach unten korrigiert werden. Anders als bei der Vorstellung der Prognose der kommunalen Spitzenverbände zu Jahresbeginn 2009 kann in diesem Jahr jedoch zumindest der Prognosewert der Steuerschätzung vom November 2009 für das Jahr 2009 beibehalten werden. Für das Jahr 2010 sind hingegen auch gegenüber den Ergebnissen der Novembersteuerschätzung nochmals leichte Korrekturen notwendig: Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ führt im Jahr 2010 zu Mindereinnahmen bei der Gewerbsteuer in Höhe von 0,3 Prozent.<sup>1</sup>

Bei der Gewerbsteuer (brutto) wird im Jahr 2009 ein Rückgang von bundesweit 18,3 Prozent erwartet. In den neuen Ländern wird ein Rückgang von 14,0 Prozent erwartet, in den alten Ländern ein Rückgang von 18,7 Prozent. Aufgrund der geänderten Gewerbesteuerumlage ist die Entwicklung zwischen Gewerbsteuer (brutto) und Gewerbsteuer (netto) nicht identisch. Im Jahr 2009 wird aufgrund der abgesenkten Gewerbesteuerumlage mit minus 17,4 Prozent bei der Gewerbsteuer (netto) ein Rückgang prognostiziert, der um 1 Prozentpunkt niedriger liegt als bei der Gewerbsteuer (brutto). Die Einnahmeneinbrüche (netto) der Kommunen haben einen Umfang von 5,4 Milliarden Euro.

Für das Jahr 2010 ist zu hoffen, dass der Einbruch der Gewerbsteuer zum großen Teil gestoppt werden kann. Im Vergleich zum Vorjahr wirkt der Rückgang um 4,3 Prozent vergleichsweise moderat; dies darf nicht darüber hinweg täuschen, dass er immer noch zu Mindereinnahmen bei der Gewerbsteuer (netto) in Höhe von 1,1 Milliarden Euro führt.

Der vergleichsweise scharfe Rückgang im Jahr 2009 ist dadurch zu erklären, dass nur geringe Zahlungen für das direkte Vorjahr geleistet wurden und gleichzeitig die Zahlungen für das Jahr 2009 in großem Ausmaß an die reduzierten Gewinne angepasst wurden. Insofern ist der starke Rückgang im Jahr 2009 auch teilweise als Ausdruck der in den Jahren 2007 und 2008 aufgrund des Veranlagungsmechanismus tendenziell überhöhten Gewerbesteuerzahlungen zu erklären. Dass trotz einer absehbaren wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 mit weit sinkenden Steuereinnahmen (West: minus 4,8 Prozent) bzw. stagnierenden (Ost: plus

---

<sup>1</sup> In den Jahren 2011 und folgenden sind die Einnahmeausfälle weit größer, für die vorliegende Prognose ist dies allerdings nicht von Relevanz.

0 Prozent) Steuereinnahmen gerechnet wird, ist ebenfalls dem Veranlagungsmechanismus geschuldet. Dieser sorgt dafür, dass sich eine Verbesserung der Gewinnsituation erst verzögert in der Entwicklung der Steuereinnahmen widerspiegelt.

Im Rahmen der Quantifizierung der Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform wurde ein „Substrateffekt“ angesetzt, der Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer aufgrund zukünftig ausbleibender Gewinnverlagerungen unterstellte. In der aktuellen Steuerschätzung für das Jahr 2010 ist für diesen Effekt statt einem Mehraufkommen von 520 Millionen Euro gegenüber 2009 kein Mehraufkommen angesetzt worden.

#### Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer musste die Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung für das Jahr 2010 nach unten korrigiert werden. Im Jahr 2010 werden deutliche Einnahmeausfälle in Höhe von ca. 2,5 Prozent aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes erwartet. Im Ergebnis werden die ohnehin rückläufigen Einkommensteuereinnahmen bundesweit im Jahr 2010 mit minus 9,8 Prozent noch stärker zurückgehen als im Jahr 2009 mit minus 7,4 Prozent.

Die konjunkturell bestimmten Komponenten der Entwicklung der Einkommensteuer sind im Vergleich zur Gewerbesteuer etwas schwächer ausgeprägt; die durch Steuerrechtsänderung hervorgerufenen Änderungen sind dementsprechend von größerem Gewicht. Die Einkommensteuer ist im Jahr 2009 sowohl durch konjunkturelle wie auch durch Gesetzgebung bedingte Aufkommensausfälle gekennzeichnet; im Jahr 2010 sind es insbesondere die erheblichen steuerrechtsbedingten Änderungen, die zu dem massiven Rückgang beitragen. Zu nennen sind hier insbesondere das Bürgerentlastungsgesetz sowie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

Bei der Prognose des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer kommt eine technische Besonderheit bei den Abrechnungsmechanismen zwischen Ländern und Kommunen zum Tragen: Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird den Gemeinden regelmäßig mit einem Quartal Verzögerung zugeleitet. Im vierten Quartal eines jeden Jahres erhalten die Kommunen eine Abschlagzahlung, die auf den Werten des dritten Quartals basiert. Aus diesem Grund kann es, bei einer starken Verschiebung des Steueraufkommens während des laufenden Jahres, zu deutlichen Nachzahlungen oder Rückforderungen seitens der Länder an die Kommunen im ersten Quartal des Folgejahres kommen.

Im Rahmen der Prognose werden die den Kommunen *in* einer Periode, nicht *für* eine Periode zufließenden Mittel geschätzt. Bei den ostdeutschen Kommunen wird für das Jahr 2009 nicht der volle Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der ihnen zusteht, angesetzt, sondern lediglich die Summe der voraussichtlich geringeren an die Kommunen fließenden Einnahmen. Hieraus erklären sich die Abweichungen zu den Ergebnissen der Steuerschätzung. Im Jahr 2010 werden dafür (vor der Korrektur aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes) höhere Werte als in der Steuerschätzung angesetzt.

#### Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Aufgrund der erfreulich stabilen Entwicklung des Konsums sowie des teilweise ausbleibenden Vorsteuerabzugs aufgrund der zurückgehenden Exporte entwickelt sich der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer bundesweit auch im Jahr 2009 mit einem Wachstum von plus 0,5 Prozent stabil. Für das Jahr 2010 ist ein Wachstum von 1,5 Prozent prognostiziert. Aufgrund

der Umstellung der Verteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer auf einen neuen Schlüssel ist jedoch bei den ostdeutschen Kommunen mit einem Rückgang im Jahr 2009 in Höhe von 3,9 Prozent zu rechnen.

### Weitere Steuereinnahmen

Bei der Grundsteuer A, der Grundsteuer B sowie bei den sonstigen Steuern sind sowohl für das Jahr 2009 wie auch das Jahr 2010 keine volumenmäßig bedeutenden Änderungen zu erwarten. Die für das Jahr 2010 über der Prognose der Steuerschätzung liegenden Einnahmenezuwächse umfassen die bereits jetzt aus einzelnen Kommunen bekannt gewordenen Grundsteuererhöhungen.

### **Laufende und investive Zuweisungen von Bund und Ländern**

Die Entwicklung der Zahlungen von Bund und Ländern an die Kommunen ist insbesondere durch das Konjunkturpaket II geprägt. Gerade im Jahr 2010 ist der Anstieg bei investiven Zuweisungen in Höhe von mehr als 40 Prozent unverkennbar. Dem Anstieg der investiven Zuweisung um 3 Milliarden Euro im Jahr 2010 steht allerdings ein Rückgang der laufenden Zuweisungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro entgegen.

Die laufenden Zuweisungen sind aufgrund der Verbundquotenregelungen bei den jeweiligen kommunalen Finanzausgleichen durch die Entwicklung der Steuereinnahmen des Vorjahres und Vorvorjahres geprägt, bei ostdeutschen Kommunen kommt der Abbau der Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen hinzu. Ebenso ist die rückläufige Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft im Jahr 2010 ein zuweisungsmindernder Faktor.

Die Erhöhung von Kinderfreibeträgen bzw. des Kindergeldes (Wachstumsbeschleunigungsgesetz, Familienleistungsgesetz) führt – über eine veränderte Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern – zu einer teilweisen Kompensation der Einnahmeherausfälle bei den Ländern. Im Normalfall wird diese Kompensation von den Ländern an die Kommunen anteilig weitergereicht. Bei den entsprechenden Prognosen zu den Zuweisungen von Bund und Ländern an die Kommunen wurden diese Effekte soweit berücksichtigt, wie sie von den Ländern im Rahmen der Vorbereitung der mittelfristigen Finanzplanung im Finanzplanungsrat bereits angeführt wurden.

Durch die Kommunalisierung von Aufgaben in einzelnen Ländern ist die Wachstumsrate der Zuweisungen gerade im Jahr 2009 etwas überzeichnet, wobei diesen Zuweisungszuwächsen mindestens ebenso hohe Ausgabenzuwächse, z. B. beim Personal, gegenüberstehen.

### **Gebühren**

Für das Jahr 2009 wird bundesweit mit konstanten Gebühreneinnahmen gerechnet, als Ergebnis der Umfrage der kommunalen Spitzenverbände ist jedoch im Jahr 2010 in Ost und West von einer gegenläufigen Tendenz auszugehen: Bei den westdeutschen Gebühreneinnahmen ist eine Steigerung des Aufkommens um 1,4 Prozent zu erwarten. Diese Steigerungsrate reflektiert dabei unter anderem die teilweise bereits in 2010 umgesetzten Gebührenerhöhungen aufgrund der Finanzkrise. Bei den ostdeutschen Kommunen wird hingegen mit einem Rückgang der Gebühreneinnahmen gerechnet. Auch wenn es auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen mag, ist auch dies als Ergebnis der Finanzkrise

erklärbar: Gerade bei den Gebühren für die Kinderbetreuung in Kindertagesstätten bzw. -horten ist bekannt, dass eine einkommensabhängige Gebührenstaffelung existiert. Selbst bei konstanten Gebührensätzen kann die Wirtschafts- und Finanzkrise aufgrund der teilweise wegen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit geringeren Einkommen der Gebührenzahler somit zu einem geringeren Gebührenaufkommen führen. Ebenso führt eine Reduzierung des Angebots einzelner städtischer Leistungen, z.B. die Abnahme der von einer Volkshochschule angebotenen Kurse, zu einem verringerten Gebührenaufkommen.

### **Sonstige Einnahmen**

Die Entwicklung der sonstigen Einnahmen ist in diesem Jahr durch einen Sondereffekt in Süddeutschland geprägt. Ohne diesen Effekt in Höhe von mehr als 1 Milliarde Euro würden die sonstigen Einnahmen nur geringfügig wachsen. Dementsprechend ist auch der prognostizierte Rückgang der sonstigen Einnahmen um 4 Prozent im Jahr 2010 nicht auf eine allgemeine Verschlechterung der Einnahmesituation, sondern als technische Reaktion auf den Sondereffekt des Jahres 2009 zurückzuführen. Bei der Bestimmung des Finanzierungssaldos der Kommunen wirkt sich dieser Sondereffekt im Übrigen nicht aus, weil ihm in gleicher Höhe zusätzliche Ausgaben gegenüber stehen (s. u.).

## **Die Ausgabenentwicklung**

### **Personalausgaben**

Die Personalausgaben sind bundesweit im Jahr 2009 voraussichtlich um 4,8 Prozent bzw. 2 Milliarden Euro gestiegen. Auch im Jahr 2010 wird sich der Anstieg mit 2,4 Prozent fortsetzen. In den neuen Ländern ist der Anstieg im Jahr 2009 mit 5,9 Prozent wahrscheinlich stärker ausgefallen, im Jahr 2010 wird er mit plus 1,7 Prozent voraussichtlich schwächer ausfallen als im Bundesdurchschnitt.

Dieser Entwicklung liegen außergewöhnlich viele, teilweise gegenläufige Einflussfaktoren zugrunde. Zu nennen sind z. B. Einflüsse von der Doppikumstellung (aufgrund eines unterschiedlichen Buchungszeitpunktes führt die Umstellung einmalig zu deutlichen Ausgabesteigerungen), die bereits beschlossenen Tarifabschlüsse (inklusive Kita-Erzieherinnen), der Ausbau der Kinderbetreuung, teilweise das Auslaufen von ausgabensenkenden Haustarifverträgen und bei den ostdeutschen Kommunen zusätzlich die Kommunalisierung einzelner Aufgaben. Dass die Konsolidierungspolitik im Personalbereich im vergangenen Jahr gelockert worden sei, lässt sich den Umfragedaten nicht entnehmen.

### **Sachaufwand**

Der starke Anstieg des Sachaufwandes im Jahr 2009 mit bundesdurchschnittlich 6 Prozent verteilt sich ungleich auf die ost- und westdeutschen Kommunen. In den Kommunen in den alten Ländern sind Steigerungen in Höhe von 6,3 Prozent, in den neuen Ländern von 4,4 Prozent für das Jahr 2009 zu erwarten.

Die erhebliche Differenz, die durch die Kommunalisierung in ostdeutschen Ländern sogar noch unterzeichnet wird, zeigt deutlich auf eine Ursache des Ausgabenanstieges hin: Die

Doppikumstellung hat in vielen westdeutschen Kommunen dazu geführt, dass Auszahlungen, die bislang dem Bereich Investition zugeschlagen wurden, nun dem Bereich Aufwendungen zugerechnet werden.

Das Konjunkturpaket hat im Jahr 2009 keine nennenswerten Auswirkungen auf die Höhe des Sachaufwandes. Die Steigerung des Jahres 2010 (plus 1,7 Prozent in den westdeutschen, plus 1,2 Prozent in den ostdeutschen Kommunen) ist hingegen dem geringen Anteil der Zukunftsinvestitionsgesetzmittel geschuldet, die – vollkommen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben – als Sachaufwand und nicht als Investition gebucht werden.

## **Soziale Leistungen**

Die sozialen Leistungen werden im Jahr 2010 die Grenze von 40 Milliarden Euro deutlich überschreiten. Die bundesweiten Steigerungsraten von 3,3 Prozent (2009) bzw. 4,6 Prozent (2010) unterschieden sich zwischen West und Ost nicht nennenswert. Im Laufe des vergangenen Jahres zeigte sich der Arbeitsmarkt – glücklicherweise – im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Situation relativ stabil; der befürchtete explosionsartige Anstieg der Arbeitslosenzahlen trat nicht in diesem Maße auf. Selbst wenn die schlimmsten Befürchtungen mittlerweile revidiert werden konnten, werden die Kosten der Unterkunft deutlich ansteigen. Daher werden auch die sozialen Leistungen insgesamt im Jahr 2010 stärker steigen als im Vorjahr.

Gerade vor diesem Hintergrund ist darauf hinzuweisen, dass – neben den Kosten der Unterkunft – auch andere Komponenten, wie z.B. die Eingliederungshilfe oder auch – besonderes in ostdeutschen Kommunen ein fiskalischer Risikofaktor – die Grundsicherung im Alter zu fortwährenden Kostensteigerungen bei den Kommunen führen: Anders als bei den Kosten der Unterkunft ist bei diesen Ausgabenarten auch in konjunkturell guten Zeiten mit deutlichen Steigerungen zu rechnen.

Weil die sozialen Leistungen für die Kommunen aufgrund gesetzlicher Vorgaben praktisch kaum beeinflussbar sind und zugleich in strukturschwachen Regionen überproportional groß ausfallen, ist gerade diese Ausgabenkategorie für ein finanzielles Auseinanderdriften zwischen Kommunen mit geringer und starker Wirtschaftskraft verantwortlich.

## **Sachinvestitionen**

Die Entwicklung der Sachinvestitionen der Kommunen, insbesondere der Baumaßnahmen, weist nach plus 1,7 Prozent im vergangenen Jahr im laufenden Jahr mit plus 14,2 Prozent eine erfreulich hohe Zuwachsraten auf. Allerdings handelt es sich bei diesen Zuwachsraten um das Ergebnis zweier gegenläufiger Effekte; eine Analyse der Entwicklung muss den positiven Gesamteindruck gerade für das Jahr 2010 erheblich relativieren. Sowohl im Jahr 2009 wie auch im Jahr 2010 wären ohne das Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) und die hierdurch angestoßenen zusätzlichen Investitionen Rückgänge bei den Investitionen zu erwarten gewesen. Die deutlichen Einnahmerückgänge hinterlassen ihre Spuren bei dem Investitionsverhalten. Die regulären, d.h. nicht mit Hilfe des ZuInvG finanzierten Investitionen, nehmen sowohl im Jahr 2009 wie auch im Jahr 2010 deutlich ab.

Der angenommene Rückgang der regulären, d.h. nicht mit Hilfe des Zukunftsinvestitionsgesetzes finanzierten Investitionen ist mit dem Kriterium der volumenbezogenen Zusätzlichkeit,

das für die Verwendung von Mitteln aus dem ZuInvG gilt, vereinbar. Die volumenbezogene Zusätzlichkeit verlangt, dass in jedem Land die Summe der Investitionen, die nicht mit Mitteln aus dem ZuInvG finanziert werden, einen bestimmten Referenzwert nicht unterschreitet. Hierdurch soll eine Substitution von eigenen Mitteln durch Mittel des ZuInvG verhindert werden, damit die konjunkturelle Wirksamkeit der ZuInvG-Mittel gesichert wird. Das Kriterium bezieht sich nicht allein auf die kommunalen Investitionen in einem Land oder gar die Investitionen in einer einzelnen Kommune. Der Referenzwert wird aus dem Investitionsvolumen der Vorjahre abgeleitet, bei der Ermittlung wird auch der prozentuale Steuerrückgang im Vergleich zum Jahr 2008 berücksichtigt. Die in der Prognose unterstellten Rückgänge bei den „regulären“ Investitionen sind nicht so groß, dass sie das Überschreiten des Referenzwertes gefährden würden. Die unterschiedlichen Steigerungsraten in ost- und westdeutschen Kommunen ergeben sich zum großen Teil aus dem unterschiedlichen Ausgangsniveau bei den Investitionen.

### **Sonstige Ausgaben**

Bei den sonstigen Ausgaben sind bei den westdeutschen Kommunen im Jahr 2009 Sondereffekte von mehr als 2 Milliarden Euro zu berücksichtigen. Etwa ein Drittel hiervon schlägt sich direkt auf den Finanzierungssaldo nieder, es handelt sich um Ausgaben, die als direkte Folge der Wirtschaftsminus und Finanzkrise erforderlich wurden. Die restlichen zwei Drittel wurden durch eine Erhöhung der sonstigen Einnahmen im gleichen Umfang kompensiert, sodass sie keinen Einfluss auf den Finanzierungssaldo haben.

## **III. Datengrundlage der Prognose**

Die Prognose bündelt Informationen aus verschiedenen Datenquellen. Zugrunde gelegt werden:

- Ergebnisse einer aktuellen Umfrage der kommunalen Spitzenverbände mit knapp 1000 teilnehmenden Städten, Landkreisen und Gemeinden: Sie erfasst die Ergebnisse des Haushaltsjahres 2008 sowie Werte aus den Haushaltsplänen 2009 und 2010.
- vorläufige Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik des Statistischen Bundesamtes, die die ersten drei Quartale des Jahres 2009 abdecken
- Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom November 2009
- Ergebnisse der vierteljährlichen Gewerbesteuerumfrage des Deutschen Städtetages
- Datenmaterial aus dem Finanzplanungsrat